

# Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schwarzenberg und Umgegend.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johannegeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Redaction, Verlag und Druck von E. W. Gärtner in Schneeberg

Nr. 18.

Sonnabend, den 23. Januar

1886.

### Öffentliche Sitzung

des Bezirksausschusses im Bezirke der königlichen Amtshauptmannschaft Zwickau am 23. Januar 1886 Nachmittags 4 Uhr im Saale des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes — Nicolaisstraße Nr. 36, 1 Treppe. Zwickau, am 18. Januar 1886.

Königliche Amtshauptmannschaft. v. Bose.

Der über einen Theil der Flur Reutkirchen von dastiger Gemeinde aufgestellte Bebauungsplan liegt bei der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft zur Einsichtnahme aus und sind etwaige Einwendungen, bei Verlust derselben, binnen 14 Tagen von heute ab, hier einzureichen. Zwickau, am 16. Januar 1886.

Königliche Amtshauptmannschaft. v. Bose.

### Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Schneidemeisters Bernhard Wilhelm Heise in Schneeberg wird heute, am 22. Januar 1886, Vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Wagner in Schneeberg. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis zum 1. Februar 1886. Anmeldefrist bis 16. Februar 1886.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin den 26. Februar 1886, Vorm. 11 Uhr.

Königl. Amtsgericht Schneeberg, am 22. Januar 1886.

Müller. Veröffentlicht: Delschlägel, Gerichtsreiber.

### Die Realschule mit Progymnasium zu Schneeberg.

welche die Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen für den einjährig-freiwilligen Militärdienst besitzt, beginnt das neue Schuljahr Montag, den 3. Mai, an welchem Tage vormittags 9 Uhr die Aufnahmeprüfung der angemeldeten Schüler stattfindet.

Bei der Anmeldung, welcher der Unterzeichnete bis 31. März entgegensteht, sind Zeugnis, Impfschein und Schulzeugnis vorzulegen.

Obwohl Schritte gethan sind, welche die Errichtung eines Staatsgymnasiums in hiesiger Stadt bezwecken, so dürfte doch im günstigsten Falle dies auf die für Ostern bevorstehende Aufnahme von keinem alterierenden Einklasse sein. Schneeberg, den 22. Januar 1886.

O. Ritter, Dirigent.

### Lieferung von Bretter säumlingen.

Die Lieferung von etwa 1050 cbm. Bretter säumlinge zum Anheben der Soco-

motiven soll vergeben werden. Die Lieferungsbedingungen sind bei der Magazin-Hauptverwaltung in Chemnitz zu erfahren. Angebote mit der Aufschrift „Verdingung von Säumlingen“ sind bis zum 5. Februar d. J. Abends 6 Uhr an die unterzeichnete königliche Generaldirection einzureichen. Die Oeffnung der Angebote findet am 6. Februar früh 10 Uhr statt. Die Anbieter sind bis zum 16. Februar d. J. an ihre Gebote gebunden; wer bis dahin Mitteilung nicht erhält, hat das Angebot als erloschen zu betrachten. Dresden, am 18. Januar 1886.

Königliche Generaldirection der sächsischen Staatseisenbahnen. von Tschirch.

### Holz-Auktion auf Grandorfer Staatsforstrevier.

Im Hentschel'schen Gasthose zu Rittersgrün

Mittwoch, den 27. Januar 1886,

2673	Stück weiche Hölzer von	13—15 cm. Oberstärke, 3, m Länge,
4672	„ „ „ „	16—22 „ „ „ „
1850	„ „ „ „	23—29 „ „ „ „
263	„ „ „ „	30—36 „ „ „ „
46	„ „ „ „	37—43 „ „ „ „
7	„ „ „ „	über 43 „ „ „ „
719	„ Stangenfl. „	7 „ 3, u. 4 „
3784	„ „ „ „	8—12 „ „ 4 „
195	„ „ „ „	10—12 „ Unterstärke,
196	„ „ „ „	13—15 „ „
18	Raummeter weiche Kugeln,	
69	„ „ Brennholz,	
24	„ „ Brennrollen,	
28	„ „ Brennäste,	
111	„ „ Stöcke	

einzelnen und partienweise, soweit die gestellten Sanktionen nicht ausreichen, nur gegen sofortige baare Bezahlung und unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden. Auskunft über diese Hölzer erteilt auf Befragen die unterzeichnete Revierverwaltung. Königl. Forstrevierverwaltung Grandorf zu Breitenbrunn und Königl. Forstrentamt Schwarzenberg den 21. Januar 1886. Rühlmorgen.

### Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 21. Januar. Nach den vatikanischen Blättern hat das telegraphisch im Auszuge mitgetheilte Schreiben des Reichskanzlers an Papst Leo XIII. folgenden Wortlaut:

Berlin, 13. Januar 1886.

Sire, Das huldvolle Schreiben, mit dem Eure Heiligkeit mich beehrt haben, und der hohe Orden, der es begleitete, haben mir große Freude bereitet und bitte ich Eure Heiligkeit, den Ausdruck meiner tiefen Dankbarkeit annehmen zu wollen.

Jedes Beifallszeichen, das sich an ein Friedenswerk knüpft, an dem ich mitwirken konnte, ist für mich um so werthvoller wegen der Genugthuung, die es Sr. Majestät dem Kaiser, meinem hohen Herrn, gewährt.

Eure Heiligkeit sagen in Ihrem Brief, daß nichts mehr dem Geiste und der Natur des römischen Pontifikats entspricht, als die Ausübung von Friedenswerken.

Dieser selbe Gedanke hat mich geleitet, Eure Heiligkeit zu bitten, das hohe Amt eines Schiedsrichters in dem Streit Deutschlands und Spaniens anzunehmen, und der spanischen Regierung vorzuschlagen, unser beiderseits an das Urtheil Eurer Heiligkeit zu appelliren.

Das Bedenken, daß die beiden Nationen sich nicht in analoger Lage befinden, in Rücksicht auf die Kirche, die in Eurer Heiligkeit ihr Oberhaupt verehrt, hat niemals mein festes Vertrauen in den weitblickenden Standpunkt Eurer Heiligkeit erschüttert, der mir die gerechteste Unparteilichkeit Ihrer Entscheidung gewährleistet.

Die Beziehungen Deutschlands zu Spanien sind derart, daß der Frieden zwischen diesen Ländern nicht bedroht ist durch eine dauernde Divergenz ihrer Interessen, noch durch Streitigkeiten, die aus ihrer Vergangenheit resultiren, noch durch Eifersucht auf Grund der geographischen Lage. Ihre gewohnten guten Beziehungen können nur durch Zufälligkeiten oder Mißverständnisse gestört werden.

Es ist deshalb Grund zu hoffen, daß die Friedensstiftung Eurer Heiligkeit dauernde Wirkungen haben wird. Zu diesen rechne ich in erster Linie die dankbare Erinnerung, welche beide Parteien gegen den erhabenen Vermittler bewahren werden.

Was mich betrifft, so werde ich immer mit Eifer jede Gelegenheit, die mir die Erfüllung der mir obliegenden Pflichten gegen meinen Kaiser und Herrn und gegen mein Vaterland bietet, ergreifen, um Eurer Heiligkeit meinen lebhaftesten Dank und meine tiefe Ergebenheit zu beweisen.

Ich verbleibe mit der tiefsten Hochachtung, Sire, Eurer Heiligkeit ganz gehorsamster Diener

v. Bismarck.

Berlin, 21. Januar. Im Abgeordnetenhaus erfolgte heute die erste Beratung des Etats. Abg. v. Schorlemer bezeichnete die Finanzlage als eine unerfreuliche und das Abhilfsmittel derselben, das Branntweinmonopol, für sehr bedenklich. Der erhoffte Erfolg sei fraglich, die wirtschaftliche Lage, besonders der kleineren Grundbesitzer, sei höchst traurig. Die Regierung möge ihr Gewicht geltend machen behufs ernsthafter Prüfung der Abschaffung der Goldwährung. Redner forderte die Beendigung des Kulturkampfes. Abg. Freiherr v. Wilmigerode äußerte, der Etat biete trotz der wirtschaftlichen Krisis ein ganz günstiges Bild und plädierte ebenfalls für Einführung der Doppelwährung. Die Konservativen würden behufs Erreichung weiterer Einnahmequellen für das Branntweinmonopol stimmen. Abg. Richter bekämpfte die jetzige Wirtschaftspolitik und sprach sich gegen die Reform der Einkommensteuer aus, wie sie die Minister herbeiführen wollten. Die an die Einführung der Doppelwährung geknüpften Hoffnungen seien illusorisch. Redner bekämpfte schließlich das Branntweinmonopol, das hoffentlich ein gleiches Schicksal haben werde, wie das Tabakmonopol.

Nach einer Mitteilung in der „Deutschen Verkehrs-Zeitung“ ist ein Kaufmann in Berlin, welcher im Juli v. J. zwei Sendungen mit Feuerwerkskörpern zur Postbeförderung aufgegeben hatte, in dem gegen ihn stattgehabten strafgerichtlichen Verfahren wegen Uebertretung des § 367 Nr. 5 Str.-G.-B. in Verbindung mit § 10 der Postordn.-V. zu einer dreiwöchentlichen Haftstrafe verurtheilt worden. Die „Deutsche Verkehrs-Zeitung“ knüpft an diese Mitteilung, unter Bezug auf die von ihr vorher berichtete Thatsache, daß bis jetzt in derartigen Fällen seitens der Gerichte meist auf eine Geldstrafe erkannt worden sei, folgende sachgemäße Bemerkungen: „Es darf erwartet werden, daß bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten immer mehr eine strengere Auffassung derartiger gemeingefährlicher Handlungen Platz greifen wird, so daß diejenigen, welche sich nicht scheuen, das Leben und die Gesundheit ihrer Mitmenschen aus Gewinnsucht in Gefahr zu bringen, ihre ver-

worfliche Handlungsweise in der Regel mit Freiheitsstrafe zu büßen haben werden. Mit Bestimmtheit ist anzunehmen, daß namentlich dann, wenn die Gerichte dazu übergehen würden, in derartigen Fällen — sofern nicht ganz besondere, für eine mildere Beurtheilung sprechende Gründe vorliegen — auf den gesetzlich zulässigen Höchstbetrag der Freiheitsstrafe (6 Wochen Haft) zu erkennen, die jetzt leider so häufig vorkommende verbotswidrige Beförderung explosivender Stoffe mit der Post bald zu den Seltenheiten gehören würde.“

Eschweiler, 18. Januar. Die „Rdn. Volksztg.“ meldet: Ein Holzhacker fand heute die Leiche eines hiesigen 23jährigen Briefträgers auf einem Scheiterhaufen, theilweise angebrannt, liegen. Der Schädel des Unglücklichen war zertrümmert, außerdem fand sich ein Stück in der Brust vor. Wahrscheinlich haben sie vermutet, der Briefträger trage größere Geldsummen für die unheiligen Leichen bei sich. So viel bekannt ist, hatte er aber nur 3 Mark Privatgeld bei sich, welches geraubt wurde. Offenbar um die Spuren der That zu vernichten, haben die Mörder die Leiche auf einen Scheiterhaufen geworfen und diesen angezündet. Bei der feuchten Witterung ist aber das Feuer erloschen, und so fand man die angebrannte Leiche auf dem ebenfalls zum Theil angebrannten Holze. Von den Thätern fehlt noch jede Spur.

England.

London, 16. Januar. Ungeheuren Skandal verursacht die Entdeckung, daß eine sehr große Anzahl der den Truppen gelieferten Bajonnette aus weichem Eisen angefertigt ist, daher diese gar keinen Werth besitzen, indem sie beim ersten Stoße sofort sich biegen oder brechen. Eine strenge Untersuchung soll eingeleitet werden.

London, 21. Januar. Die Thronrede bezeichnet die Beziehungen zu den Mächten als freundliche und gebietet besonders der befehlgebenden Regelung der afghanischen Grenzfrage; sie hofft, die Arbeit der Grenzabdelungscommission werde die Aufrechterhaltung des Friedens in Centralasien sichern. Der Aufstand in Ostirakien gab dem Wunsch der Bevölkerung auf Aenderung des Berliner Vertrags Ausdruck. Bei den darauf folgenden Verhandlungen war das Ziel der Rdnin, die Bevölkerung ihrem Wunsch gemäß unter die Regierung des Fürsten von Bulgarien zurückzuführen, dabei jedoch die wesentlichen Rechte des Sultans ungeschmälert aufrecht zu erhalten. Egypten anlangend, würden die Kommissarien Englands der Pforte berichten über